

Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz Hagen 20.-22.3.2009

AntragstellerIn: **KV Bochum**

TO-Gegenstand: **Wirtschafts- und Finanzkrise
- Opel**



Antrags-Nr.:

WF-4

Antrag KV Bochum zur LDK Hagen

5 (verabschiedet auf der Listenwahl-KMV am 14.3.09):

Opel muss erhalten bleiben

10

Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion werden beauftragt, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass ein tragfähiges Restrukturierungskonzept für eine von GM unabhängige Opel-Gesellschaft unterstützt wird. Zusätzlich zu staatlichen Bürgschaften darf dabei auch eine direkte Beteiligung des Landes an der neuen Gesellschaft kein Tabu sein. Dasselbe muss für den Bund gelten.

15

Wir unterstützen das Ziel der Betriebsratsvorsitzenden aller deutschen Opel-Standorte und der zuständigen IG Metall-Bezirksleiter, eine tragfähige Zukunft für die Standorte im Rahmen einer europäischen Lösung zu finden. Diese Lösung soll für die einzelnen Standorte gerecht und ohne Werksschließungen erfolgen.

20

Wir unterstützen die Forderung der IG Metall, von den Belegschaften im Rahmen der Sanierung zu erbringende Vorleistungen durch eine Kapitalbeteiligung der MitarbeiterInnen an der neuen Gesellschaft auszugleichen.

25

Begründung

30 Wir müssen gemeinsam verhindern, dass es zu Werksschließungen bei Opel kommt und damit mehr als 25.000 Arbeitsplätze - davon mehr als 5.000 im Werk in unserer Stadt Bochum - vernichtet werden.

35

Von einer Werksschließung wären nicht nur die Beschäftigten bei Opel selbst betroffen, sondern auch die Beschäftigten in der Zuliefererindustrie wie auch im Dienstleistungsgewerbe - von der Bäckerei bis zum Friseurgeschäft. Das bedeutet, dass es kaum noch eine Perspektive für die Menschen geben wird, einen neuen Arbeitsplatz in Bochum und der Region zu finden.

40

Zuletzt vor fünf Jahren drohte in Bochum bereits die Werksschließung, gegen die sich die Belegschaft mit einem mehrtägigen Streik zur Wehr setzte. Zwar wurde die Schließung des Werkes verhindert, dennoch wurden ca. 3000 Arbeitsplätze vernichtet und die verbleibenden Beschäftigten mussten deutliche Lohneinbußen hinnehmen.

45 Damit sollte die Zukunft des Werkes Bochum über das Jahr 2010 hinaus gesichert werden. Die Garantie war wohl das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben wurde.

50 Mit der Schließung des NOKIA-Werkes im letzten Jahr wurde Bochum schon von einem schweren Schlag getroffen, der für die betroffenen Menschen, vor allem die dort beschäftigten Leiharbeiter, persönliche Katastrophen nach sich zog. Da sich momentan noch viele der ehemaligen Beschäftigten übergangsweise in einer „Beschäftigungsgesellschaft“ befinden, sind die „echten“ Arbeitslosenzahlen in der Bochumer Arbeitsmarktstatistik noch gar nicht erkennbar.

55 Für die Stadt Bochum selbst und die Region hätte die Schließung des Opel-Werkes katastrophale Auswirkungen. Seit Jahren versucht in Bochum die rot-grüne Koalition im Rat, eine soziale Infrastruktur trotz fehlender kommunaler Mittel aufrecht zu erhalten. Die öffentlichen Gebäude unserer Stadt sind zum großen Teil in marodem Zustand, obwohl wir in den vergangenen Jahren große finanzielle Anstrengungen in der Hochbausanierung unternommen haben. Bei einem Sanierungsbedarf von 350 Mio. Euro kann auch der „Geldsegen“ aus dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung in Höhe von ca. 44 Mio. Euro für Bochum nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein.

65 Welche finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Stadt Bochum eine Werksschließung haben würde, kann man deutlich erahnen. Als ein Indiz kann eine Studie aus der Zeit der letzten Opel-Krise (2005) dienen: Damals wurden – bei Annahme des Verlustes von („nur“) 4.100 Arbeitsplätzen – die Einbuße an Kaufkraft in der Region auf ca. 37 Mio. Euro jährlich, der Verlust an Einkommensteuer für die Stadt Bochum auf ca. 10 Mio. Euro jährlich geschätzt. Langfristig ist natürlich auch mit einem deutlichen Anstieg der von der Stadt zu tragenden Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose zu rechnen.

75 Die Menschen im Ruhrgebiet mussten mit großen Anstrengungen und Entbehrungen den Strukturwandel bei der Einstellung des Steinkohlebergbaus verkraften. Nach dem Ende der Montanindustrie droht jetzt auch den damaligen „modernerer“ Ersatzarbeitsplätzen das Aus. Das müssen wir im Interesse der Beschäftigten, der Stadt, der Region und des Landes verhindern.